



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 83
Fernschreiber 0886850

P/XV/30 - 5. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Wachweiche Zweckbindung Es geht um die Finanzierung des Straßenaus Von Heinrich G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages	47
2	Unter dem Dach der Vereinten Nationen Ein revolutionärer Vorschlag Hammarskjölds	49
3 - 4	Soziales Elend - Nährboden des Kommunismus Notizen vom Parteitag der KP-Italien Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Nagnani	81
5	"Sensationeller Rekord" Diesmal kein Sportereignis, sondern UNO-Hilfe für notleidende Menschen Von Bruno Kuster, Genf	52
6	Herr Schröder und seine "Notstände" Die schlechten Methoden des Bundesinnenministers	35

* * *

* *

Wachsweiße Zweckbindung

Von Heinrich G. Ritzel, MdB.
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses mußte der Ausschuß zu dem Entwurf des Straßenbaufinanzierungsgesetzes Stellung nehmen. Bis dahin lagen die Formulierungen der Bundesregierung, des federführenden Finanzausschusses und des Verkehrsausschusses vor. Es drehte sich entscheidend um die Frage der Zweckbindung der aus dem geplanten zweiten Straßenbaufinanzierungsgesetz fließenden Mehrleistungen aus der Mineralölsteuer. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion kämpft seit Jahren einen berechtigten Kampf für den Gedanken, Einnahmen, die aus dem Straßenverkehr fließen und von den Verkehrsteilnehmern aufgebracht werden, auch den Straßen restlos zugute kommen zu lassen. Die Bundesregierung hat bei der Vorbereitung des neuen Straßenbaufinanzierungsgesetzes diesem Standpunkt der Sozialdemokraten endlich Rechnung getragen, indem sie den Paragraphen 1 des Regierungsentwurfs wie folgt formulierte:

"Der auf den Kraftverkehr entfallende Teil des Aufkommens an Mineralölsteuer ist für Zwecke des Straßenwesens zu verwenden."

Im Finanzausschuß und im Verkehrsausschuß haben sich die Sozialdemokraten für diese Auffassung des Regierungsentwurfs ausgesprochen, während die CDU ihre Mehrheit ausnutzte, um dem Paragraphen 1 folgende wachsweiße Fassung zu geben:

"Das Aufkommen der Mineralölsteuer, abzüglich der in Absatz 2 genannter Beträge dient nach Maßgabe des Artikels 3 dem Straßenwesen. (Straßenbaumittel)."

Während die Regierung und die Opposition also die in Frage kommenden Mittel eindeutig "für Zwecke des Straßenwesens" verwenden wollen, will die Regierungspartei nur bestimmen, daß die Mittel diesen Zweck "dienen" sollen. Diese wachsweiße Formulierung läßt jeder Interpretation für und Tor offen und erlaubt durchaus eine Finanzpolitik, die die neu aus dem Kraftverkehr fließenden Mittel auch für andere Haushaltsbedürfnisse verwendet.

Im Haushaltsausschuß fand die Formulierung des Finanzausschusses trotz heftigen Widerstandes ebenfalls eine Mehrheit. Der Deutsche Bundestag wird in Kürze über das Gesetz im einzelnen und im ganzen zu entscheiden haben. Ganz abgesehen von der auf CDU-Antrag erfolgten weiteren Erhöhung der Mineralölsteuer um einen Pfennig, stellt sich das Problem des Verwendungszweckes angesichts der unzulänglichen Finanzierung des deutschen Straßenbaues mit aller Schärfe. Es ist zu erwarten, daß die Sozialdemokraten, die paradoxer Weise die Regierungsvorlage verteidigen werden, die absolute Zweckbindung im Sinne der Wiederherstellung des Regierungsentwurfes verlangen. Die einzelnen Abgeordneten, die ja gegenüber dem Ganzen und gegenüber ihrer Wahlkreise gerade in dieser Frage schwere Verantwortung zu tragen haben, werden sich entscheiden müssen, ob sie den Kraftverkehr mit neuen Ausgaben belasten wollen, die nicht den Straßen dienen. Es bleibt zu hoffen, daß die Opposition der Sozialdemokraten und der FDP auch aus den Kreisen der Regierungsparteien Zuzug erhält, um so ein Spiel zu beenden, das, gemessen an dem Zustand der deutschen Straßen, nicht verantwortet werden kann.

Unter dem Dach der Vereinten Nationen

sp - Das Thema Entwicklungshilfe für entwicklungsfähige Länder ist mit Brisanz geladen. Auf diesem Gebiete liefern sich der Westen und der Osten entscheidende Kämpfe. Auch hier gibt es Sieger und Besiegte. Im Ringen um den Bau des Assuan-Dammes beherrschte die Sowjetunion schließlich das Feld; das größte Bauwerk der modernen Geschichte wird von sowjetischen Ingenieuren errichtet werden. Hier hat der Westen mehr als eine böse Schlappe erlitten, der Prestigeverlust in Ägypten ist wohl kaum mehr wiederergutzumachen.

Immerhin hat diese Niederlage mit Wasser als dem lachenden Dritten für den Westen auch etwas Gutes. Keine westliche Regierung, und vor allen die Regierungen der Industrieländer, verschließen sich mehr der Notwendigkeit, schon um der eigenen Sicherheit und der Erhaltung des eigenen Wohlstandes willen, den entwicklungsfähigen Ländern durch Verfügungstellung von Menschen und Kapital zu helfen, Anschluß an das Industriezeitalter zu gewinnen. Diese Hilfe geschieht schon in den mannigfaltigsten Formen. Zweiseitige Abmachungen überwiegen, wobei oft bei den Gebern die Erwägung im Vordergrund steht, sich politische und wirtschaftliche Sondervorteile zu verschaffen. Das geht nicht immer gut. Die früheren Kolonialvölker haben ihre politische Unabhängigkeit nicht erworben, um sie nun gegen goldene Ketten wirtschaftlicher Abhängigkeit einzutauschen. Sie sind eifersüchtig auf die Wahrung ihrer neuen Rechte und Freiheiten bedächtig und nehmen lieber das Ausbleiben jeder fremden Hilfe in Kauf, als ihre neugewonnene Souveränität durch Eingehen von drückenden Finanzbedingungen zu gefährden.

Damit hat der Westen als einer kaumstößlichen psychologischen Gegebenheit zu rechnen. Wie das durch die Geschichte bedingte Mißtrauen gegen ihn überwinden? Den vernünftigsten Vorschlag dazu hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, gemacht. Unter dem Eindruck einer fünfwöchigen Afrikareise kam dem Generalsekretär der Gedanke, sämtliche Maßnahmen zur Entwicklung der entwicklungsfähigen Länder unter der Leitung der Vereinten Nationen durchzuführen zu lassen, was den Vorteil hätte, daß der Westen und der Osten ihre Energien nicht in einem erbarmungslosen Konkurrenzkampf verschwenden und den Völkern Afrikas die Gewißheit geben würde, nicht zum Streitobjekt ideologischer Auseinandersetzungen zu werden.

"Kommunismus" und Kapitalismus", "Diktatur" und "Demokratie" bedeuten diesen Völkern nicht viel; es sind für sie Worte ohne Inhalt. Sie stehen vor der gewaltigen Aufgabe, innerhalb von überschaubaren Zeiten den Sprung vom Mittelalter in die Neuzeit zu wagen, ihre Erzfeinde Armut, Krankheiten und technische Rückständigkeit zu überwinden, und dazu bedürfen sie der Hilfe. Es kann für die Welt nicht gleichgültig sein, in welcher Form sich dieser unvermeidliche Prozeß, ein Vorgang weltgeschichtlicher Ausmaßes, zur Nation- und Staatenbildung vollzieht. Hammarskjölds kühne Vision einer umfassenden, im Rahmen der UNO zu erfolgenden Hilfeleistung kann diesem Aufstieg der afrikanischen Völker eine Richtung geben, die unübersehbare revolutionäre Frackänderungen ausschließt, aber gleichzeitig könnte damit auch ein Boden geschaffen werden, auf dem sich Ost und West zur Lösung einer Menschheitsaufgabe vereinigen.

Soziales Elend - Nährboden des Kommunismus

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

Immer wieder entsteht die Frage, wie das fast vollständig katholische Land Italien die stärkste kommunistische Partei im westlichen Europa haben kann. Die Antwort ist verhältnismäßig einfach; sie wurde auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens, der in dieser Woche in Rom stattfand, gegeben. Nachstehende, von keiner Regierungsstelle angezweifelte Zahlen zeigen den Boden, auf dem die KPI blüht und gedeiht.

34,5 Prozent aller Wohnungen in Italien haben kein fließendes Wasser,

74 Prozent aller Wohnungen entbehren einer Bad- oder Duschvorrichtung,

20,7 Prozent der Wohnungen haben keine Toilette,

13 Prozent der italienischen Familien benutzen nie Toilettsäße,

40,8 Prozent der italienischen Bevölkerung lesen weder Bücher, noch Zeitschriften noch Tageszeitungen,

35,1 Prozent besuchen nie ein Kino,

52,7 Prozent der italienischen Bevölkerung gehen zu Fuß zum Arbeitsplatz, um das Fahrgeld zu sparen,

Die Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr beträgt bei den Wohlhabenden 25,7 Promille, steigt auf 69 Promille bei den Bauernkindern Süditaliens und liegt bei 65 Promille bei den Kindern der Arbeiterbevölkerung.

"Der eigene Weg"

Es ist wohl nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß die KPI ihre nach dem Aufstand in Ungarn entstandene Krise überwunden hat. Gewiß verlor die Partei seit dieser Zeit zahlreiche Mitglieder, doch bei den letzten Wahlen erwies sie sich ebenso stark wie zuvor. Das Abtrübseln der Parteimitgliedschaft beschränkte sich sehr wesentlich auf Intellektuelle und einige Mittelschichten-Gruppen.

Inzwischen scheint es dem langjährigen Parteisekretär Palmiro Togliatti gelungen zu sein, die KPI wieder fest zusammenzuschneiden und die traditionelle enge Zusammenarbeit zwischen der italienischen und der sowjetischen Partei sicherzustellen. Togliatti hat auf dem Parteitag zwei für die italienische Politik sicher sehr populäre Parolen in den Vordergrund gestellt. Er widmete einen großen Teil seiner Rede dem Thema der "weltweiten Entspannung" und bediente sich hierbei einer Sprache, die dem italienischen Wunsch nach bedingter Neutralität im Ost-West-Konflikt stark entgegenkommt.

Die zweite nicht minder wichtige These für die Politik der KPI bestand in der Herausarbeitung des Begriffs "Der italienische Weg zum Sozialismus". Dieses Schlagwort war nicht nur das Leitmotiv des IX. Parteikongresses, sondern wird es wohl in Kürze auch bald bei allen kommunistischen Veranstaltungen sein. Hierbei dürfte es Togliatti nicht schwerfallen, die Notwendigkeit des "eigenen Weges" mit dem Hinweis

auf die obengenannten Zahlen des Elends zu untermauern.

Suslow attackierte Nenni

Mit Spannung hatte man die Ansprache des Vertreters der sowjetischen KP, Suslow, erwartet. Der Abgesandte Moskaus feierte Togliatti so eindeutig, daß von den früher häufig berichteten Spannungen zwischen dem italienischen Kommunistenführer und Moskau nichts mehr übrig geblieben zu sein scheint. Überraschend war allerdings Suslows scharfer Ton gegenüber den Linkssozialisten, (Nenni) die bis 1957 mit den Kommunisten eine Art "Aktionsgemeinschaft" gebildet hatten, jetzt jedoch selbständig agieren. Suslow meinte, in Blickrichtung auf Nenni; "Wenn der eine oder der andere Exponent der Arbeiterbewegung sich gegen die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien ausspricht, so bedeutet dies nichts anderes, als daß dieser das Vertrauen in die schöpferischen Energien der Arbeiterklasse verloren hat." Das Nenni-Blatt "Avanti", blieb die Antwort nicht schuldig und schrieb am nächsten Tag zu der Erklärung Suslows, nicht das Vertrauen in die Arbeiterklasse sei verloren gegangen, sondern die Ereignisse seit 1956 hätten die Notwendigkeit einer Demokratisierung der Arbeiterparteien und ihrer Politik bewiesen. Diese müsse aber tiefer gehen, als die Kommunisten sie bis jetzt verwirklicht hätten. Nenni ist also bei seiner Absage an die Kommunisten geblieben.

Togliatti blieb vorsichtig

Offenbar in Erwartung dieser Absage und um die KPI nicht zu isolieren, hat Togliatti im Verlaufe des Kongresses, ohne allzu scharfe Kritik an Nenni zu üben, nur darauf hingewiesen, daß es wichtiger und notwendiger sei, eine "de facto-Allianz zwischen den linken Kräften" im Kampf für bestimmte politische und wirtschaftliche Ziele zu erreichen, als dauernd von "Aktionseinheit" oder gar organisatorischer Einheit zu reden.

Trotzdem scheint die KPI isoliert zu bleiben. Ihre Bemühungen, sich in eine neue Regierungsmehrheit einzuschalten, bleiben ohne Aussicht auf Erfolg. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Kommunisten verzichten, selbst einer von den Christlichen Demokraten geführten Regierung gewisse Hilfestellung zu leisten, wenn es sich darum handelt, ihre Popularität im Kampf um die Beseitigung der sozialen Mißstände in Italien zu steigern. Daß sie außerdem versuchen werden, alle Entspannungstendenzen in der offiziellen italienischen Politik zu fördern, versteht sich von selbst.

+ + +

"Sensationeller Rekord"

Von Bruno Kuster, Genf

Geben wir gleich eingangs zu, daß der von uns gewählte Titel irreführend ist. Und dennoch trifft er zu. Warum spricht man eigentlich nur von Rekorden, wenn jemand eine halbe Sekunde schneller ist als ein anderer? Wenn jemand öfter heiratet als landesüblich oder einen Haufen Geld unterschlägt? Und die Geburt eines fürstlichen oder filmstarlichen Kindes wird ebenso zur Sensation aufgebauscht wie die Abhaltung eines Galabanketts.

Wir aber sind der Meinung, daß Taten, die den Mitmenschen nützlich sind, mindestens soviel Beachtung verdienen wie Unglücksfälle und Verbrechen! Oder ist es etwa eine Kleinigkeit, daß in letzten Jahr 55 Millionen Mütter und Kinder in 104 Ländern und Territorien vom UNICEF, dem Kinderhilfsfonds der UNO, in irgend einer Form Hilfe, neue Lebenshoffnung, erhalten haben?

Die Hauptanstrengung dieser Organisation, die ihre Tätigkeit gossenteils mit freiwilligen Beiträgen der Regierungen und der Bevölkerung finanziert, galt der Bekämpfung der Malaria, gegen die 35 Millionen Mütter und Kinder geschützt werden konnten. Millionen wurden gegen Tuberkulose geimpft und weitere Millionen gegen Pflanz, Trachom und Lepra behandelt. Sieben Millionen Mütter und Kinder erhielten täglich ihre Ration Milch, um die Auswirkungen chronischer Unterernährung zu mildern.

Der UNICEF ist unmittelbar nach Kriegsende geschaffen worden, um die Kinder in den verwüsteten Ländern vor dem Verdröben zu bewahren. Nachdem diese Aufgabe zum Teil gelöst war, erkannte man, daß in weiten Gebieten unserer Erde die Kinder chronisch in Bedingungen vegetieren, die dringend nach Achilfe rufen. So wechselte das Tätigkeitsfeld der Organisation, aber auch ihre Methoden der Hilfeleistung wandelten sich. Ursprünglich vorwiegend ein Apparat zur Verteilung von amerikanischen Hilfsgütern - Lebensmittel, Kleider, Wolldecken - versucht der UNICEF heute, den Ursachen der Not beizukommen. 330 Millionen Kinder leben gegenwärtig in Ländern, in denen das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung 500 Mark nicht erreicht!

Anstatt nur amerikanische Pulvermilch zu verteilen, wurde die Beihilfe bei der Errichtung von 180 Milchfabriken beschlossen, von denen letztes Jahr 160 die Produktion bereits aufgenommen hatten. Dadurch wird auch die örtliche Landwirtschaft angekurbelt, die nun plötzlich lohnenden Absatz gefunden hat. Der UNICEF bemüht sich auch, die Unterernährung durch Einführung verschiedener eiweißhaltiger Nahrungsmittel, die aus einheimischen Produkten hergestellt werden können, zu bekämpfen,

800 ländliche Gesundheitsstationen, 1700 Hilfszentren und 125 Spezialinstitutionen (Entbindungsheime, kinderärztliche Stellen) sind in Betrieb und werden weiterbestehen, auch wenn eines Tages die internationale Hilfe anderen Aufgaben zugewendet wird.

Zum ersten Mal wurde letztes Jahr ein Programm unterstützt, das die Verbesserung der Lebensbedingungen in gewissen städtischen Zentren bezweckt. Für ein solches Projekt in Pakistan wurden zum Beispiel Fahrzeuge, erzieherisches Ausbildungsmaterial, Nähmaschinen für Frauenklubs usw. geliefert. Die Erfahrungen, die sich aus der Durchführung dieses Versuches ergeben, dienen dann der Vorbereitung umfangreicherer Aktionen auf diesem Gebiet.

Hat der UNICEF mit seiner weltweiten Hilfe nicht einen sensationellen Rekord zu verzeichnen? Oder bleiben die letzten Schlagzeilen den Übeltätern vorbehalten?

Herr Schröder und seine "Notstände"

sp - Seitdem Bundesinnenminister Schröder weiß, daß er mit seinem Notstandsgesetz die Opposition nicht überrollen kann, läßt er eine psychologische Kampagne zur Vorbereitung der Massenstimmung für Gesetze ähnlicher Art anlaufen. Jetzt ist das "Notdienstpflicht-Gesetz" an der Reihe, und wenn wir richtig informiert sind, hat der Bundesinnenminister noch ein ganzes Paket von ähnlichen Überraschungen im Schreibtisch, den er so nach und nach zu öffnen gedenkt. Wie es heißt, sind zwischen Herrn Dr. Schröder und dem Bundespresse- und Informationsamt bereits Vereinbarungen getroffen worden, um die publizistische Auswertung der innenministeriellen Vorstöße sicherzustellen...

Der Inhalt der Gesetze, die Herr Schröder demnächst der staunenden Öffentlichkeit unterbreiten wird, bezieht sich im wesentlichen auf alle möglichen Begriffe eines vermeintlichen "Notstandes"; zu gegebener Zeit werden wir darauf zu sprechen kommen. Jetzt interessiert uns jedoch in erster Linie die Methode, mit der Dr. Schröder arbeitet.

Seit langem ist es in der Bundesrepublik üblich, daß Herr Adenauer "weinsame Entschlüsse" faßt. Diese läßt er durch das Bundespresse- und Informationsamt "in Urlaub" setzen, um schließlich eines Tages zu erklären, derjenige, der mit den Vorstellungen des Herrn Bundeskanzlers nicht einverstanden ist, sei ein "Feind der Demokratie". Der Bundeskanzler hat es auf diese Weise fertiggebracht, große Teile unseres Volkes von der Mitgestaltung des demokratischen Lebens fernzukalten. Wenn jetzt sein Innenminister Schröder die gleiche Methode anwendet, cifert er nur - wie schon so oft - dem Regierungschef nach.

Wir meinen, daß man auf diese Weise die Substanz der Demokratie unterhöhlt. Wenn es wirklich Notstände gibt, deren mit Hilfe von neuen Gesetzen begegnet werden muß, dann ist es Aufgabe der Staatsführung, diese Gesetze bereits in ihrer Entstehung gemeinsam mit allen demokratischen Kräften des Volkes zu entwickeln. Nur so wird man erreichen, daß die Demokratie in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung eindringt. Denn auch die Opposition gehört zum Staat und ist Träger des Staates. Wie es jedoch der Kanzler und sein Bundesinnenminister zu tun beliebten, nährt man im Volke eine weitverbreitete Auffassung, die da lautet: "Ich kümmere mich nicht um Politik; die da oben machen ja doch was sie wollen".

+ * +